

Nebrauer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Insertionspreis
für die 1spaltige Korpus-Zeile oder deren
Raum 10 Pf. Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Ankündigungen
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr
angenommen.

Antifisches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nedra a. H.

Nr. 92

Nedra, Mittwoch, 17. November 1897.

10. Jahrgang.

Der Stand des Kampfes in Oesterreich.

Die Freitags-Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses hat zwei Ueberlegungen gebracht: eine Rede des Ministerpräsidenten Grafen Badeni, in der ein neuer Versuch der Regierung zur Verwirklichung eines Kompromisses zwischen Deutschen und Tschechen angekündigt wird, und eine Rede des Reichstags-Präsidenten v. Abrahamowitsch, in der die von ihm vorgeschlagene besondere Tagesordnung der Resolution über die Wahrung der Sprachrechte, die nicht auf dem Wege der Verhandlungen, sondern durch Gesetz erfolgen müsse, eingebracht wurde. Die beiden bemerkenswerten Kundgebungen gingen eine Rede des neuernannten Reichstags-Präsidenten v. Abrahamowitsch vorher, in der dieser ebenfalls durch eine ganz ungenossene Rede gegenüber den Deutschen übertrat.

Die Rede hatte nur mit Wiederholen für Abrahamowitsch gethan, da auch bei ihnen die Meinung vertreten ist, daß der Vorwurf der „politischen Willkür“ durch die Wahl eines polnischen Reichstags-Präsidenten nicht entkräftet werde. Der Gewährte hielt eine Ansprache, in der er ausführte, er betrachte es als seine erste Pflicht, zur Geltendmachung des Parlamentarismus beizutragen. Zunächst müsse die Erkenntnis klar sein, daß die Verwirklichung des Parlamentarismus nicht eine Lösung, sondern eine Verschärfung der Lage herbeiführen werde. Die Verwirklichung einer Partei, sondern nur durch friedliche Einvernehmen erreicht werden. Dazu bedürfte es des beiderseitigen guten Willens, den man dadurch ausdrücke, daß man nicht nur für das eigene Interesse, sondern auch für dasjenige des Gegners Verstandes hätte, jenes Willens, für den die wohlüberlegte österreichische Staatsidee den dankbaren Boden abgibt, auf dem zwei so hervorragende Volksstämme, wenn geeinigt, die Wahrung der Monarchie noch zu erhöhen vermöchten.

Man wird verstehen müssen, daß Abrahamowitsch, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, sich nicht leicht verloben läßt über die Luft zu sprechen. Vor seiner Rede hatte die gesamte Antite den Saal verlassen. Das Haus nahm sofort die Verhandlung der Ministeranfragen wegen der Sprachverordnungen wieder auf. Graf Badeni ergriff zunächst das Wort. Er erklärte, die Regierung wolle sich mit größter Bereitwilligkeit an einer Regelung der Sprachfrage auf dem Gelegetenwege beteiligen und werde, wenn ein bezüglicher Antrag auf Schwierigkeiten stoßen sollte und ein Erfolg nicht zu erwarten sei, alles aufweisen, um den Streit beider böhmischen Volksstämme auf Grund eines Kompromisses im besten Einvernehmen mit beiden Parteien einem friedlichen Ende auszuführen. Das beweise, daß die Regierung nicht im Begriffe sei, zu verhandeln. Der Ministerpräsident sagte hinzu, daß er verbitte, nicht zu sagen, was er heute erklärt habe, den Tschechen entsprechende, und daß er es nicht leichtfertig im Saale ausgesprochen habe. Die Regierung lasse sich in ihrer Ueberzeugung von der Bedeutung des böhmischen Volksstammes und der ihm in Oesterreich gebührenden Stellung durch keinerlei Vorgänge im Hause erschüttern; sie stehe auf dem Standpunkt, aller nichtböhmischen Nationalitäten gegenüber gerecht vorzugehen, und erachte dies gegenüber dem böhmischen Volksstamm für eine um so eher ihre Pflicht.

Nach dem Ministerpräsidenten sprach der Abg. Jallinger (tschechische Volkspartei) für den erkannten Abgeordneten Dhanul und führte aus: Seine Partei habe niemals eine Aktion gemacht oder einen Antrag gemacht, aus der gefolgert werden könnte, daß sie die Sprachverordnungen billige oder jene Verfassung nicht anerkenne, zu der die Regierung, wie dies die letzte Rede des Ministerpräsidenten Badeni beweise, die Hand zu reichen geneigt sei. Abg. Jallinger beantragte eine motivierte Tagesordnung, welche lautet: In dem das Haus eine Lösung der Nationalitäten- und Sprachfrage nicht einseitig auf dem Wege von Verhandlungen, sondern durch eine gesetzliche Regelung für erprießlich erachtet, geht es über

die Ministeranfrage zur Tagesordnung über. Redner weist auf den radikalen Zug der Diskussion hin und sagt: „Wir aber wollen nicht Revolution, auch nicht Gegenrevolution, sondern das Gegenteil der Revolution.“ Redner bricht die Fortsetzung der Rede ab, indem er die Fortsetzung der Rede abgelehnt. Er hat einen Was erweisen, konstitutiv in der Sache eine förmliche Gesandtschaft errichtet werden soll.

Politische Rundschau.

Deutschland.
*Der Kaiser und die Kaiserin trafen am Montag morgen um 8 Uhr fast gleichzeitig am Reichstagsgebäude ein. Der Kaiser kam aus Schleien, die Kaiserin aus Wien.

*Dem Reichstagspräsidenten v. Abrahamowitsch hat der Zar ein Schönheitsdiplom ausgestellt. Er hat einen Was erweisen, konstitutiv in der Sache eine förmliche Gesandtschaft errichtet werden sollen.

*Der Bundesrat wird sich demnächst mit den beiden vom Reichstag in der letzten Session angenommenen Anträgen betr. die Aufhebung der Vollrechte bei der Gesetzgebung und die Aufhebung der gemeinsamen Erbschaft befassen. Der Reichstag wird sich demnächst mit dem Reichstagspräsidenten v. Abrahamowitsch in der Reichstagsregierung zwei Stimmungen nebeneinander, von denen die Aufhebung des Reichstags, einen früheren Termin (30. d.) angiebt, gefast hat. Die andere von einem Reichstags-vertreter angiebt, während die anderen Termin (7. Dezember) mit Rücksicht darauf, daß die Staatsräthe sehr im Rückhange seien. Es wird vertrieben korrespondenz befähigt, daß der Militär- und Marineamt noch nicht dem Bundesrat zugegangen sind, nur die kleineren Spezialstellen befinden sich im Bundesrat.

*Die Vorbereitungen über die Staatsfür die Schenkung sind nunmehr beendet. Die Schenkung selbst ist gegen das Vorjahr nicht viel geändert worden, doch sind einige unvollständige Arbeiten in die Staats aufgenommen worden, für die ursprünglich besondere Vorträge geplant waren. So ist in den Etat für Eisenwerke eine Summe für den Anbau des Hafens in Snaapom und für den bekannten Schienenweg eingestellt worden. Ein Etat für die Eisenwerke ist die Uebernahme der auf dem getrennten Hambara-Stationsbahn vorgehen. Wegen einer Telegraphenlinie vom südwestlich-afrikanischen Schutzgebiet nach Kapstadt sind die Unterhandlungen noch im Gange.

*Der tschechischen Landtag ist ein Gegenentwurf vorgegangen, durch den das Vereins- und Verarmungsrecht in 24 wie folgt abgeändert werden soll: Die Verbindung von Vereinen untereinander ist zulässig. Politische Vereine dürfen mit außerordentlichen Vereinen nur mit Genehmigung des Ministeriums des Innern in Verbindung treten.

*Abg. Liebnicht wird seine vier Monate Gefängnis nicht in Pödenne, sondern, wie ihm von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt wurde, im Amtsgerichts-Gefängnis zu Charlottenburg zubringen haben. Er wird, dem Vorm. zufolge, die Haft im Laufe der Woche antreten.

Oesterreich-Ungarn.

*Das größte Aufsehen erregte in der Freitags-Sitzung des Abgeordnetenhauses die Erklärung v. Badenis, die Regierung werde nicht einmal den Versuch eines Ausgleichs zwischen den Deutschen und Tschechen machen und in keinem Fall vorher dem Worte „Verein“ zustimmen, die Haft im Laufe der Woche antreten.

*Mit knapper Majorität, 177 gegen 171 Stimmen ist vom österreichischen Abgeordnetenhause der Antrag auf Verweisung der Minister in

Anklagezustand abgelehnt worden. Es braucht wohl kaum hinzugefügt werden, daß diesem Beschlusse die festgestellten Standalonschen Vorwürfe.

Frankreich.
*Die französische Deputiertenkammer nahm einen vom Senat beschlossenen Antrag an, nach welchem die Bestimmungen über die Kriminaluntersuchung in der Weise geändert werden soll, daß die geheime Untersuchung in Fortfall kommt und jedes ein Abvokat dem Verhör eines Angeklagten beizuwohnen hat.

*Die Enthüllungen im „Figaro“, welche das Material Scheuers über Drehtus enthalten, machen ein gewaltiges Aufsehen. Der Name des Großjägers, welcher nach dem „Figaro“ den Drehtus-Brief gefälscht hat, ist in Militärkreisen bekannt. Der Offizier wird bereits überführt, um einen Rücktritt zu verweigern. Drehtus wird die Negativität des Drehtus-Prozesses klar. Namentlich ist festgestellt, daß der Vorsitzende des Kriegsgerichts, Oberst Maurel, die Freisprechung des Angeklagten beantragte, als Kriegsminister Mercier ungewöhnlich den Beratungsstahl betrat und die Richter zu Ungunsten des Angeklagten beeinflusste. Die Rolle Merciers ist höchst zweifelhaft. Scheuers-Kreiers Material behauptet auch noch andere französische Offiziere, so daß mit der Drehtus-Affäre gleichwohl ein riesenstänbald verbunden sein wird.

Belgien.
*Stürmische Auftritte haben sich in der Freitags-Sitzung der Deputiertenkammer ereignet. Von der Seite der Linken beantragte man die Regierung über die bisjüngstige Verhaftung zweier Gener Lehrerinnen, die bei einer kürzlich erfolgten Besetzung einer Schülerin mit ihren Schwestern beigegeben hatten. Als die Bemerkung eines katholischen Mannes verlesen ward, das Kind sei „wie ein Hund“ herbeigeführt worden, rief ein liberaler Gener Abgeordneter: „Sehr richtig!“ Nun entfiel auf der Linken ein gemäßigter Truim, daß die Sitzung sofort und vorsitzig geschlossen werden müsse. In den Wandelgängen kam es zu argen Auftritten zwischen Mitgliedern der Rechten und Linken.

Schweden-Norwegen.
*Bei den norwegischen Wahlen steige im Amt Nebenas, das mit 4 Stimmen im Storting vertreten ist, die Linke, deren Mitt-Verzählung auf 77 gestiegen ist. Mit dieser Stimmenzahl bezieht die Partei nunmehr eine Stimme über die Zweidrittel-Mehrheit, welche erforderlich ist, um Verfassungsänderungen durchsetzen zu können. Auch bei den noch anstehenden Wahlen rechnet man auf einen Zuwachs der Linken. Die vorerfreulichen Vergehungen, die wesentlich infolge der freizeiligen Selbstbildungs-Bestrebungen der Norweger zwischen diesen und dem schwedischen „Wandervolke“ herrschen, dürften nun noch eine bedeutende Verhärtung erfahren, da sich ermahnen läßt, daß die norwegischen Radikalen die in ihre Hände geleste Macht, soweit es irgend möglich ist, ausüben werden.

Spanien.
*Der Konflikt zwischen dem Kabinett Sagasta und dem General Weyler nimmt eine immer erregendere Gestalt an. In Regierungskreisen wächst die Erbitterung gegen den General Weyler wegen seines Benehmens bei der Abreise aus Havana. Mehrere Blätter fordern sogar die Verhaftung Weylers bei seiner Abreise. Die Regierung forderte den Marschall Weyler zu einem Bericht über den des Nachensichtigen auf Cuba auf. Auch die Anträge, daß General Weyler auf Cuba sich bereichere, nehmen eine greifbare Gestalt an. Vielleicht befindet sich General Weyler schon bei seiner Rückkehr nach Spanien in der Rolle des Angeklagten.

*Die erbarungswürdige Lage der spanischen Truppen auf Cuba hat unlängst, durch ein vom unteren Reichstags-Anlaß gegeben. In Puerto Principe haben, wenn der „New York Herald“ zutreffend unterrichtet ist, die Soldaten gemeinert, weil sie nur ungenügend Lebensmittel zugeführt erhalten und ihre Löhnung im Rückhange bliebe.

Vatikanstadt.
*Eine Tataren-Nachricht legen die abentheuerlichen „Acta Demera“ und „Mina“ die Welt. Sie versichern die Benutzung des Reichs-Regierung durch den Kreier in der Wahl des Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe zum Gouverneur der Insel empfohlen und ihnen verweigert, sie würden für die Wahl die Befähigung des Sultans erlangen. Der

Vertreter sei ein Baster Nummer (2). Borsänder eine Seebelungs-Gesellschaft, gemeiner, der mit dem Bischof Dionysius verhandelt habe. Der Bericht ist von den Kreieren ohne Unterstützung zurückgewiesen worden. — Auch das Märchen selber beharrt weiter „seiner Größe“.

*Dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien war neuerdings seitens seines leiblichen Ministers die Absicht angedeutet worden, seine — nicht gerade sehr erprobten Reichthümer an europäischen Böden durch einen solchen in Wien zu ergänzen. Dort sieht man aber schon die bloße, in Sofia selbst unbekannt abgemacht zu wollen, und es wird von da geschrieben, daß ein Besuch eine Einladung voraussetze, und es liegt auch nicht ein Schatten einer solchen vor.

Der Vorfall auf Haiti.

Der nach geheimer Freilassung des Kaufmanns Aders hoffentlich bald durch Zahlung der denkwürdigen verlangten Entschädigung seine Freilassung finden wird, veranlaßt die „Marinepolit. Korresp.“ zu einem Rückblick auf eine frühere Verurteilung in der Negerepublik. Im Jahre 1872 lag der Marine Ad, eine ähnliche Angelegenheit, die schon einige Jahre vorher (1870) fest zugelegte Zahlung einer Entschädigung von 20000 Thalern an einen deutschen Kaufmann, endlich durchzusetzen. Kapitän zur See Balth, Gehobener in Westindien und Kommandeur der „Mineta“, ging daher mit vieler und der „Gazelle“ am 13. Juni von Maracaibo, wo man den Kaufmann Neumann an Bord nahm, nach Port au Prince, der Hauptstadt der Negerepublik. Hier lagen von holländischen Schiffen die Korvette „Union“ mit zehn Besatzungen und einem Kommandanten an Bord sowie die Korvette „Mont Orgueilleux“ mit elf Besatzungen und einer nur schwachen Besatzung. Als ein schwarzer Offizier zum Kommandanten auf die „Mineta“ kam, wurde derselbe nur an Bord gebracht, den Stellvertreter des Kommandanten empfing der Gehobener, der die Besatzung der „Union“ zu Bord brachte, um die Besatzung der „Mont Orgueilleux“ zu erzwängen. Die ausweichende Antwort lautet: „Wir erwarten Ihre Boot um 5 Uhr abends.“ Nachdem beide deutsche Schiffe ihre großen Boote ausgelassen hatten, erwarde Kapitän Balth mit „Mineta“ und „Gazelle“ unter Dampf das Ultimatum, welches Kommandant Graf Schwerin gleich nach 5 Uhr an Bord brachte. Es lautete wieder ausweichend: „Wir werden auf freundschaftlichem Wege uns einigen.“ Der Gehobener entschied sich nun zu Zwangsmaßnahmen, ließ abends 6 1/2 Uhr alle Boote armieren und die Schiffe auf dem Geleht machen. Kapitän Neumann, Kommandant der nachmaligen Staatsfregatte im Reichsmarineamt, erhielt Befehl, das Admiralität „Union“ zu nehmen, Kommandant zur See v. Kückhoff den „Mont Orgueilleux“. Die Landungskorps führten die Ueberumpelung so schnell und ergriffen aus, daß es zu einem Widerstand der Negerepublik überhand nicht kam, andernfalls wäre das Genere des hohen „Mont Orgueilleux“ kaum auszuführen gewesen. Die holländischen Wachen, vier Offiziere und über hundert Mann, wurden mit ihren gelanten Waffengeheften an Land geschickt und auf den genannten Nabantentore fortgesetzt die Flagg der Republik Haiti durch die deutsche Kriegsschiffe erlegt. Nachdem die Schiffe und Wachen unterworfen worden, versetzte eine Besatzung von je zwei Offizieren und 30 Mann auf jeder Korvette. Während der Weiterreise und bis zur Einfindung der Freilassung lagen „Mineta“ und „Gazelle“ gefesselt auf der Höhe; die Gefangenen waren mit Granaten geladen und gegen das Wort an Prince befehligen Fort gerichtet. Gegen Abend schickte der Gehobener den Kommandant S. Varandou, den gegenwärtigen Chef des Stabes im Oberkommando der Marine, mit dem ersten Boasmannschaft mit einem Schreiben an den Kommandanten an Land. In einer kühnen Sitzung beim Präsidenten, an welcher Minister, auswärtige Vertreter und Kommandanten teilnahmen, leitete die Regierung auf Änderungen des französischen Beschäftigungsantrags an, das Bombardement auf die deutschen Schiffe durch das Fort eröffnen zu lassen. Bei der hochgradigen Erregung der fanatischen Bevölkerung geriet das Leben des Kommandanten Varandou in Gefahr; sein Boot wurde 11 Uhr nachts von einer bewaffneten Menge schwarzer angegriffen und erhielt talenweise Feuer, was von der abgelegten „Mineta“ fest erwidert wurde. „Mineta“ und „Gazelle“



Bußtag.

Ein Wodentag wie jeder andere, und doch trägt er schon vom frühen Morgen an ein eigentümliches Gepräge. Auf den Straßen, in den Käben und Verkaufsbänken herrscht sonntägliche Stille, und bald beginnen auch die Glocken mit ihren ertönen die Menschen zum Gottesdienste zu laden. Was sollen sie heute vor? Buß- und Bettag sollen sie feiern; ein ganzes Volk, vom König bis zum Bettler, soll niederknien an den Trümmern des Altars und Buße thun. Dazu hat einst ein frommer König uneres Landes den Buß- und Bettag eingeführt, und diesem Zweck dient er noch heute. Nun ist es ja freilich wahr, die Buße läßt sich so wenig anbefehlen wie der Glaube. Die Buße muß im Herzen durch den Geist Gottes selbst gewirkt werden; sie ist Linse der Sinne von dem verbotenen Wege auf den rechten Weg, und mancher, der ernstlich danach trachtet, kann nicht folgich zur Buße gelangen, weil in seinem Innern noch zu vieles dem Willen des Geistes Gottes widerstrebt. Einen Bußtag in dem Sinne, daß an ihm alle Glieder einer Kirche Buße thäten, giebt es also nicht. Einen solchen Bußtag muß ein jeder Mensch für sich allein erleben, und derselbe kann ihm von keinem königlichen Befehl, sondern allein durch Gott gesendet werden. Aber so ist die Einrichtung dieses Buß- und Bettages auch nicht gemeint; dieser Tag ist ein Volkstag; er ist mitten in das laute Getriebe des öffentlichen Lebens hineingestellt als ein Absperrung, als eine Hütte der Sammlung, damit der Geist, dem jeder Tag des Lebens zu einem Bußtage werden soll, an diesem Tage besonders überdenke, wie auch er sein Teil dazu beigetragen habe zu den Sünden seines Volkes; denn außer den Verbrechen des Einzelnen, deren wir uns mehr bewußt sind, giebt es auch Verbrechen der Gesamtheit, die wir viel weniger empfunden. Darin aber, daß wir sie zu überleben oder sie uns an unserem Teile nicht zu berechnen so sehr geneigt sind, liegt der schwerste Schaden; denn wie soll es besser werden, wenn wir nicht die Art an die Wurzel des Übels legen. Wo hin aber solche Volkstagen, wenn sie andauern, führen, das sehen wir an dem Volk Israel, das lediglich seinem Untergang zuschreiben hatte. Von dieser Sünde weiß aber auch unser Volk sich durchaus nicht frei; denken wir nur daran, wie die Materialität immer stärker hervortritt, immer breitere Volksschichten für sich einnimmt, wie mit ihm auf der einen Seite eine brutale Götter und eine gemeine Sinnlosigkeit, auf der andern Seite eine aufwärtssehende Stimmung sich verbindet; denken wir an die

zunehmende Zahl der Verbrechen, an die wachsende Unfruchtbarkeit, das alles ist Alibierei. Sollen wir angesichts dieser und ähnlicher Schäden vornehm unsere Hände in Unschuld waschen und sagen: was geht's mich an, ich mache ja nicht mit? Nein, der Bußtag ruft uns zu; auch du bist ein Kind deiner Zeit mit ihren Sünden und Fehlern, auch du bist mitschuld an der allgemeinen Schuld, auch du hast es an dir selbst zu tun, wenn nicht in größten Sünden, so doch an Mangel der Zurechtweisung Fremder oder an der Zurechtweisung für sie. Der Bußtag geht einen jeden an. Möge jeder hören, was er ihm zu sagen hat, damit er für uns alle ein Tag des Segens werde.

Vermisstes.

Nebra, 13. November. Heute morgen wurde in seiner Wohnung der Kirchherrmeister Wilhelm Wäg sen. im Bett liegend von seinem Hauswirth tot aufgefunden, und zwar hatte er die Abwesenheit seiner Frau benutzt, um durch Erhängen seinem Leben ein vorzeitiges Ende zu bereiten. Ein jahrelanges, unheilbares Leiden an der rechten Hand, welches jetzt wieder künstlich behandelt werden sollte, ist wohl als Beweggrund zu der That anzusehen.

Nebra, 16. November. Ein seltenes Jubiläum wird am nächsten Donnerstag einer unserer Mitbürger, Herr Fleischermeister Julius Weigstuh begehren. An diesem Tage sind 50 Jahre verlossen, das Genannte Meßler seines Gewerbes wurde. Am selben Tage feiert mit ihm sein Bruder, Herr Fleischermeister August Weigstuh zu Halle ebenfalls sein 50-jähriges Meßlerjubiläum. Den zahlreichen beiden Jubilanten am Donnerstag zugehenden Glückwünschen wollen wir hier auch die untern Arbeitern mit dem Wunsche, daß die Jubilanten sich noch recht lange ihrer Thätigkeit erfreuen mögen.

Hausrecht zur Nachtzeit. Nach dem preussischen Gesetze zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Mai 1850 ist es verboten, zur Nachtzeit in die Wohnungen einzudringen. Die Nachtzeit umfaßt für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März die Stunden von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, im Sommer die Stunden von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Am Hause eines Bandwirtheos zu Berlin war im vorjährigen November 1/2 1/2 Uhr ein gerichtlicher Beamter erschienen. Da er nur die Schein antwort, legte er sich am Tische nieder, um den Zusammenkunftszettel zu schreiben; die betreffende Frau aber sagte den Beamten am Arme und führte ihn zur Thüre hinaus. Infolge dessen wurde Anklage aufgrund des § 113 des Strafgesetzbuches erhoben, der mit Gefängnis von

vierzehn Tagen bis zwei Jahren jeden thätlichen Angriff auf einen zur Vollstreckung von Urtheilen und Verfügungen der Gerichte berufenen Beamten bedroht, falls der Beamte sich in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befindet hat. Die Frau wurde aber freigesprochen und die eingeleitete Verurteilung verworfen, weil der Beamte, der zur Nachtzeit in die Wohnung dringt, nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes sich befindet.

Querfurt, 10. November. Bei einem Streit zwischen zwei Arbeitern und ihrem Logiswirth, dem Arbeiter G. Päß, gingen die Streitenden vom Wort zur That über, wobei der 66-jährige Päß so mißhandelt wurde, daß er alsbald im Krankenhaus verstarb.

Schleieroda, 12. November. Gestern abend gegen 6 Uhr erkrankte hier beim Wasserholen die bei Frau von dem Köstke bedienstete etwa 20 Jahre alte Anna G. aus Valsdorf. Die Verunglückte ist vermulthlich infolge der Glätte auf der etwas steilen Treppe anverwundet und in den Tod gefallen. Die sofort angestellten Wiederbelebungsvorkehrungen blieben leider ohne Erfolg.

Wittenberg, 12. November. Verloren werden die Kinder Anna, Luise und Wilhelm, welche von den nach der Zuerstjahr fahrenden Wagen fallen, aufzufindern. Bei dieser Verlorenheit erhielt heute vormittag die 10-jährige Tochter des Arbeiters Kleinmeyer im Gehste von der Reichel eines sich im scharfen Gange befindlichen geladenen Wägenwagens mit solcher Heftigkeit einen Stoß an den Kopf, daß der Tod sofort eintrat.

Merseburg. Der frühere Landrat des Querfurter Kreises, Freiherr von der Neße, jetzt Regierungspräsident in Göttingen, soll Aussicht auf das hiesige Regierungspräsidium haben; daneben wird noch der Geh. Reg.-Rat v. Sollenauer aus dem Ministerium des Innern genannt.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 17. November.
Feier des Allgemeinen Landesbuss- und bettags.
Es predigt um 10 Uhr: Herr Oberpfarrer Schwieger.
2 Uhr: Herr Diacanus Küstermann.
Kollekte für das Anbeterungs- und Weidraus zu Meinsdorf a. S.
Beichte und heil. Abendmahl.
Die Beichtandacht beginnt um 1/2 10 Uhr.
Anmeldung bei Herrn Oberpfarrer Schwieger.
Totenfest, Abends 5 Uhr,
Beichte und heil. Abendmahl.
Anmeldung bei Herrn Oberpfarrer Schwieger.

Bekanntmachungen.

Helene Metze,
Putz- und Wadewaren-Geschäft,
Nebra a. U.
Empfehle in großer Auswahl zu billigen Preisen:
Damen- und Kinderhüte in nur modernsten Garnituren, Capotten in Seide und Plüsch, wollene Mützen und Tücher, Handschuhe, Bänder, Weisswaren, Herren-Cravatten, Schürzen, Corsetts, Besätze, sowie sämtliche Zuthaten zur Damenschneiderei.
Besonders aufmerksam mache ich mein sehr reichhaltiges Lager in **Tapissierarbeiten, angefangenen u. fertigen Stuhlereien aller Art zu Weihnachtsgeschenken** passend.

Empfehle meine **Räucherammer** Herrn B. R. zum heutigen zu gefälligen Benutzung. **Eduard Stange.** die herzlichsten Glückwünsche!

Verbreitung besser deutscher Litteratur *
* * Anlage einer eigenen Hausbibliothek * *
ermöglicht mit wenigen Mitteln der
Verein der Bücherfreunde.
Mittels fünf Heften...
Wer aus einem Heften...
Ercheinungsplan des 7. Jahrganges:
Oktober 1897 - Oktober 1898
Arthur Achselner, Der Dicht von X...
3. Heft...
Richard Kredenbinder, Ein Sommer ohne Wetter...
6. Heft...
Johannes Ziegler, Roman...
Hermann Heiberg, Die Vögel...
und als achter Band eine der noch in Vorbereitung sich befindenden Arbeiten von: Karl Heiberg, 2. u. 3. Heft...
Prof. Dr. 3. W. Otto Müller, Fibr. u. Schlicht, Baron J. u. Heiberg...
Geschäftsleitung: Martin Greif, Hermann Heiberg, Ernst von Holzogen...
Schaß & Grund...
Kantienstraße 128

Königl. Preussische Lotterie.
Denjenigen, welche zum Beginn der neuen Lotterie (1. Klasse 198. Lotterie) Loosel gewinnen, seien folgende im 1/2 Abchnitt a 11 Mark und 1/2 Abchnitt a 4,40 Mark und etwa 10 Pf. Porto schon von heute ab zu Diensten.
Die Gewinnerziehung 4. Klasse 197. Lotterie findet vom 25. November cr. an statt und bleiben den Spielern der verlosenen 197. Lotterie ihre neuen Loosel bis 28. November cr. reservirt.
Merseburg, den 14. November 1897.
Der Königl. Lotterie-Geschm. **Schröder.**

Ich fordere alle diejenigen auf, welche noch Zahlungen an meinen verstorbenen Vater zu leisten haben, dieselben bis zum 19. November cr. zu berichtigen. Oben diejenigen, welche noch Forderungen haben, sich bis ebendahin bei mir zu melden. **Otto Nass.**

Deutsche Moden-Zeitung
1 Mark Vierteiljährlich.
Man verlange per Postkarte das Probeheft von d. Geschäftsstelle der Deutschen Moden-Zeitung in Leipzig.
Verlag: Carl Neubauer

Donnerstag, den 18. d. M., von Abends 7 1/2 Uhr an **Karpfenschmaus,** wozu freundlichst einladet **Maertens.**

Bierhalle.
Freitag, den 19. d. M. **Schlachtfest, 10 Uhr** **Beckisch, Abends** **frische Wurst.**

Sonnabend, den 20. d. Mts., **Wurstschmaus.**
Sollte eine meiner Gäste durch das Zufall übersehen sein, so lade ich sie hierdurch noch ergebenst ein **August Vater.**

Aus Dankbarkeit
und zum Wohl Magenleidende gebe ich Jedermann gegen unentgeltliche Auskunft über meine ebemaligen Magenbeschwerden, Schmerzen, Veranlassung, Nahrungsmittel, etc. und bitte mich, wie ich ungeduldet meines hohen Alters hieron bereit und gesund geworden bin.
F. Koch, Königl. veni. Rofiter, Rößmühl, Post-Nieheim (Westfalen).

Anlässlich unserer silbernen Hochzeit sind uns aus nah und fern so viel herzliche Glückwünsche und Geschenke zugegangen, daß wir nicht unterlassen können, hierdurch noch mal's einen innigen Dank auszusprechen. Auch dem löbl. Gesangsverein für die dargebrachten Gesänge herzlichsten Dank.
Nebra, den 14. November 1897.
Franz Reinhardt und Frau.

Um das **Wetter zu prophezeien,** kann man sich der verschiedensten Hilfsmittel bedienen. Das sind z. B. **Die alten Bauernregeln,** die Wettertafel des **100-jährigen Kalenders,** die Beschreibung der **Falb'schen kritischen Tage.**
Alle diese drei volkstümlichen und vielfach bewährten Wetterpropheten sind in **Payne's Illustrirtem Familien-Kalender für 1898** enthalten.
Dieser altbekannte und enorm verheißene Kalender bietet **Neun Extra-Beilagen** und kostet **50 Pfennig.**
Man lasse sich keine missverstandenen Kalender anfertigen.
Payne's Illustrirter Familien-Kalender für 1898 ist durch die Expedition dieses Blattes und durch den Buchhandel zu beziehen.

Druck und Druck der drei ersten Seiten von Hermann Prend's Verlag in Berlin. Redaktion und Druck der vierten Seite und Verlag von Carl Etiebig in Nebra.

Nebrner Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Insertionspreis für die 10spaltige Korpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf. Reklamen pro Zeile 15 Pf. Anzeiger werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Antikes Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. M.

Mr. 92

Nebra, Mittwoch, 17. November 1897.

10. Jahrgang.

Der Stand des Kampfes in Oesterreich.

Die Freitagsagung des österreichischen Abgeordnetenhauses hat zwei Leberstörungen gebracht: eine Rede des Ministerpräsidenten Grafen Babeni, in der ein neuer Versuch der Regierung zur Verwirklichung eines Kompromisses zwischen Deutschen und Tschechen angekündigt wird, und eine Rede des Reichstagspräsidenten Grafen v. Brudersmann, in der die Weisung über die Bildung der Sprachgruppen, die nicht auf dem Wege der Verhandlungen, sondern durch Gesetz erfolgen müsse, eingebracht wurde. Den beiden bemerkenswerten Kundgebungen ging eine Rede des neuernannten Reichstagspräsidenten v. Brudersmann vorher, in der dieser ebenfalls durch eine ganz ungenossene Mißdeutung den Deutschen übertrieb.

Die Rechte hatte nur mit Wiederstreben für Abrahamowitsch gestimmt, da auch bei ihnen die Meinung vertreten ist, daß der Vorwurf der „polnischen Reichstags“ durch die Wahl eines polnischen Reichstags nicht entkräftet werde. Der Gewährte hielt eine Ansprache, in der er ausführte, er betrachte es als seine erste Pflicht, zur Geltendmachung des Parlamentarismus beizutragen. Zunächst müsse die Erkenntnis klar sein, daß die Verminderung des Parlamentarismus nicht eine Lösung, sondern eine Verschlimmerung der Lage herbeizuführen geeignet sei. Eine Geltendmachung der Verhältnisse könne nicht durch Sieg oder Vernichtung einer Partei, sondern nur durch friedliches Einwirken erreicht werden. Dazu bedürfe es des beiderseitigen guten Willens, den man dadurch ausdrücke, daß man nicht nur für das eigene Interesse, sondern auch für dasjenige des Gegners Verhältnisse suche, jenes Willens, für den die wohlüberlegte österreichische Staatsidee den dankbarsten Boden abgebe, auf dem zwei so hervorragende Volksstämme, wenn geeignet, die Wahrung der Monarchie noch zu erhöhen vermöchten.

Man wird getrieben müssen, daß Abrahamowitsch, wie die Verhältnisse nicht einmal liegen, sich nicht leicht verlohnen läßt, hätte äußern können. Vor seiner Rede hatte die gesamte Antite den Saal verlassen. Das Haus nahm sofort die Verhandlung der Ministerverhandlungen wegen der Sprachverordnungen wieder auf. Graf Babeni erging zunächst das Wort. Er erklärte, die Regierung wolle sich mit größter Bereitwilligkeit an einer Regelung der Sprachfrage auf dem Gelegetenwege beteiligen und werde, wenn ein bezüglicher Antrag auf Schwierigkeiten stoßen sollte und ein Erfolg nicht zu erwarten sei, alles aufweisen, um den Streit beider böhmischen Volksstämme auf Grund eines Kompromisses im besten Einvernehmen mit beiden Parteien einem friedlichen Ende zuzuführen. Das beweise, daß die Regierung nicht im Gegenseitigen, zu verhandeln. Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß er verbitte, daß das, was er heute erklärt habe, den Tschechen entpöde, und daß er es nicht leichtfertig im Saale ausgesprochen habe. Die Regierung lasse sich in ihrer Ueberzeugung von der Bedeutung des böhmischen Volksstammes und der ihm in Oesterreich gebührenden Stellung durch keinerlei Vorgänge im Hause erschüttern; sie stehe auf dem Standpunkt, allen tschechischen Nationalitäten gegenüber gerecht vorzugehen, und erachte dies gegenüber dem böhmischen Volksstamm für eine um so ernstere Pflicht.

Nach dem Ministerpräsidenten sprach der Abg. Jallinger (tschechischer Volkspartei) für den erkannten Abgeordneten Diquail und führte aus: Seine Partei habe niemals eine Aktion gemacht oder eine Aktion zugestimmt, aus der gefolgert werden könnte, daß sie die Sprachverordnungen billige oder jene Verfassung nicht gutheisse, zu der die Regierung, wie dies die letzte Rede des Ministerpräsidenten Babeni beweise, die Hand zu reichen geneigt sei. Abg. Jallinger beantragte eine motivierte Tagesordnung, welche lautet: In dem das Haus eine Lösung der Nationalitäten- und Sprachfrage nicht einseitig auf dem Wege von Verhandlungen, sondern durch eine gesetzliche Regelung für erprießlich erachtet, geht es über

die Ministeranfrage zur Tagesordnung über. Redner weist auf den radikalen Zug der Diskussion hin und sagt: „Wir wollen nicht Revolution, auch nicht Gegenrevolution, sondern das Gegenteil der Revolution.“ Redner drückt die Hoffnung auf Herbeiführung geordneter Zustände und Verhandlungen der Wölfer sowie die Erwartung aus, daß der Kaiser, der überall als Friedensbringer gepriesen werde, auch in seinem Jubelstunde von verbotenen Wölfen umgeben sein werde. — Der Antragsteller wurde dem auch mit einer ganz kleinen Mehrheit abgelehnt. Also Babeni gibt in der Form ein klein wenig nach, aber er bleibt — und mit ihm bleiben die Sprachverordnungen, sein eigentliches Werk. Die Grundbedingungen, sein Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen sind somit nicht gegeben. Immerhin aber bildet die Freitagsagung eine interessante Episode im Kampfe der Deutschen in Oesterreich.

Politische Rundschau.

Deutschland.
*Der Kaiser und die Kaiserin trafen am Montag morgen um 8 Uhr fast gleichzeitig auf der Wildparkstation ein. Der Kaiser kam aus Schießen, die Kaiserin aus Wien.
*Dem Zwischenfall Karlsruhe-Darmstadt hat der Zar ein Schönheitsfleckchen aufgelegt. Er hat einen Was erweisen, demzufolge in Karlsruhe eine kaiserlich russische Gesandtschaft errichtet werden soll.
*Der Bundesrat wird sich demnächst mit den beiden vom Reichstag in der letzten Session angenommenen Anträgen betr. die Aufhebung der Restriktionen bei der Gewerbe-Einfuhr und die Aufhebung der gemeinsamen Transitverträge beschäftigen. Die eine Kommission wissen will, bürden die Anträge abgelehnt werden, obwohl die preuß. Regierung sich dafür erklärt hat.
*Bzüglich der Einberufung des Reichstags gingen nach einer parlamentarischen Korrespondenz in der Reichsregierung zwei Stimmungen nebeneinander, von denen die Ansicht des Reichstagsleiters, einen früheren Termin (30. d.) anzusetzen, gefällt hat. Die andere, von einem Reichstagsvertreter ausgesprochen, wünschte den späteren Termin (7. Dezember) mit Rücksicht darauf, daß die Staatskassen sehr im Rückstand seien. Es wird berieten Korrespondenz befand, daß der Militär- und Marineetat noch nicht dem Bundesrat zugegangen sind, nur die kleineren Spezial-etats befinden sich im Bundesrat.

*Die Vorbereitungen über die Etats für die Schatzkammer sind im wesentlichen abgeschlossen. Die Haushaltung des Reiches wird nicht viel geändert, falls keine neuen Stellen geschaffen werden, für die ein Etat geplant waren. Die Etats für die Schatzkammer sind in etwa 10 Millionen im Staats-Einkommen zu veranschlagen. Die Ausgaben für die Schatzkammer betragen 10 Millionen im Staats-Einkommen zu veranschlagen. Die Ausgaben für die Schatzkammer betragen 10 Millionen im Staats-Einkommen zu veranschlagen.

*Die Schatzkammer hat sich demnächst mit den beiden vom Reichstag in der letzten Session angenommenen Anträgen betr. die Aufhebung der Restriktionen bei der Gewerbe-Einfuhr und die Aufhebung der gemeinsamen Transitverträge beschäftigen. Die eine Kommission wissen will, bürden die Anträge abgelehnt werden, obwohl die preuß. Regierung sich dafür erklärt hat.

*Die Schatzkammer hat sich demnächst mit den beiden vom Reichstag in der letzten Session angenommenen Anträgen betr. die Aufhebung der Restriktionen bei der Gewerbe-Einfuhr und die Aufhebung der gemeinsamen Transitverträge beschäftigen. Die eine Kommission wissen will, bürden die Anträge abgelehnt werden, obwohl die preuß. Regierung sich dafür erklärt hat.

*Die Schatzkammer hat sich demnächst mit den beiden vom Reichstag in der letzten Session angenommenen Anträgen betr. die Aufhebung der Restriktionen bei der Gewerbe-Einfuhr und die Aufhebung der gemeinsamen Transitverträge beschäftigen. Die eine Kommission wissen will, bürden die Anträge abgelehnt werden, obwohl die preuß. Regierung sich dafür erklärt hat.

den Anlagenzustand abgelehnt worden. Es braucht wohl kaum hinzugefügt zu werden, daß diesem Beschlusse die festgesetzten Ständesachen vorausgingen.

Frankreich.
*Die französische Deputiertenkammer nahm einen vom Senat beschlossenen Antrag an, nach welchem die Bestimmungen über die Kriminaluntersuchung in der Weite geändert werden soll, daß die geheime Untersuchung in Fortfall kommt und stets ein Advokat dem Verhör eines Angeklagten beizuwohnen hat.

*Die Enthaltungen im „Figaro“, welche das Attentat Scheurers über Drebnus entfallen, machen ein gewaltiges Aufsehen. Der Name des Großjägers, welcher nach dem „Figaro“ den Drebnus-Brief gelehrt hat, ist in Militärkreisen bekannt. Der Offizier wird bereits überführt, um einen Rückverhör zu vernehmen. Häufig wird die Allegation des Drebnus-Prozesses klar. Nimmere ist festgesetzt, daß der Vorgesetzte des Angeklagten beantragte, als Kriegsmittler Mercier ungesetzlich den Verhandlungsraum betrat und die Richter zu Ungehorsam des Ungehorsams beizuführen. Die Wille Merciers ist höchst zweifelhaft. Scheurer-Keiners Attentat behaftet auch noch andere französische Offiziere, die das mit der Drebnus-Affäre verbunden sein wird.

Belgien.
*Stürmische Ausritte haben sich in der Großsitzung der Deputiertenkammer ereignet. Von der Seite der Linken beantragte man die Regierung über die blasphemiarische Verhaftung zweier Gelehrter, die der nun kirchlichen Bestattung einer Schlerin mit ihren Schwestern beigewohnt hatten. Als die Bemerkung eines katholischen Mannes verlesen ward, das Kind sei „wie ein Hund“ beerdigt worden, rief ein Ministerial-Gesandter: „Sehr richtig!“ Nun entstand auf der Linken ein gemaltes Tumult, daß die Sitzung sofort und vorzeitig geschlossen werden mußte. In den Handlungen kam es zu argen Austritten zwischen Mitgliedern der Rechten und Linken.

Schweden-Norwegen.
*Bei den norwegischen Wahlen siegte im Ante Rebenaes, das mit 4 Stimmen im Storting vertreten ist, die Linke, deren Mitgliederzahl dadurch auf 77 gestiegen ist. Mit dieser Stimmenzahl befehlt die Partei nunmehr eine Stimme über die Zweidrittel-Mehrheit, welche erforderlich ist, um Verfassungsänderungen durchsetzen zu können. Auch bei den noch ausstehenden Wahlen rechnet man auf einen Anmarsch der Linken. Die Regierung wird sich demnächst mit den beiden vom Reichstag in der letzten Session angenommenen Anträgen betr. die Aufhebung der Restriktionen bei der Gewerbe-Einfuhr und die Aufhebung der gemeinsamen Transitverträge beschäftigen.

Frankreich.
*Die Schatzkammer hat sich demnächst mit den beiden vom Reichstag in der letzten Session angenommenen Anträgen betr. die Aufhebung der Restriktionen bei der Gewerbe-Einfuhr und die Aufhebung der gemeinsamen Transitverträge beschäftigen. Die eine Kommission wissen will, bürden die Anträge abgelehnt werden, obwohl die preuß. Regierung sich dafür erklärt hat.

Frankreich.
*Die Schatzkammer hat sich demnächst mit den beiden vom Reichstag in der letzten Session angenommenen Anträgen betr. die Aufhebung der Restriktionen bei der Gewerbe-Einfuhr und die Aufhebung der gemeinsamen Transitverträge beschäftigen. Die eine Kommission wissen will, bürden die Anträge abgelehnt werden, obwohl die preuß. Regierung sich dafür erklärt hat.

Frankreich.
*Die Schatzkammer hat sich demnächst mit den beiden vom Reichstag in der letzten Session angenommenen Anträgen betr. die Aufhebung der Restriktionen bei der Gewerbe-Einfuhr und die Aufhebung der gemeinsamen Transitverträge beschäftigen. Die eine Kommission wissen will, bürden die Anträge abgelehnt werden, obwohl die preuß. Regierung sich dafür erklärt hat.

Demissionen sei ein Restor Nummer 9). Rossigender einer Eibehaltung-Gesellschaft, gemeint, der mit dem Bischof Dionysius verhandelt habe. Der Bericht lief von den Kretern ohne Unterstützung zurück, erwidert worden. — Auch das Märchen selber bedarf weiter „feiner Erklärung“.

*Dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien war neuerdings seitens seines leitenden Ministers die Absicht angedeutet worden, seine — nicht gerade sehr erheblichen — Besuche an europäischen Höfen durch einen solchen in Wien zu ergänzen. Dort scheint man aber schon die bloße, in Sofia selbst unbekannt abzuwehren zu wollen, und es wird von da geschrieben, daß ein Besuch eine Einladung voraussetze, und es liegt auch nicht ein Schatten einer solchen vor.

Der Vorfall auf Haiti.

Der nach geheimer Freilassung des Kaufmanns Schmitt hofentlich bald durch Zahlung der deutschersücht verlangten Entschädigung seine Freilassung finden wird, verlangt die „Marinepolitik“ zu einem Rückschlag auf eine frühere Vermittlung in der Negerepublik. Im Jahre 1872 lag der Marine ab, eine ähnliche Angelegenheit, die schon einige Jahre vorher (1870) fest angelegte Zahlung einer Entschädigung von 20000 Thalern an einen deutschen Kaufmann, endlich durchzusetzen. Kapitän zur See Warth, Geschwaderchef in Westindien und Kommandeur der „Vincta“, ging daher mit dieser und der „Gazelle“ am 13. Juni von Maracaibo, wo man den Kaufmann Neumann an Bord nahm, nach Port au Prince, der Hauptstadt der Inselrepublik. Hier lagen von holländischen Schiffen die Korvette „Union“ mit zehn Geschützen und einem Kommandanten am Bord sowie die Korvette „Mont Orgueilleux“ mit elf Geschützen und einer nur schwachen Besatzung. Als ein schwarzer Offizier zum Kommandanten auf die „Vincta“ kam, wurde derselbe nur an Bord durch den Stellvertreter des Kommandanten empfangen. Der Geschwaderchef schickte den Leutnant zur See v. Knudsen an Land, um die Befreiung der Forderung von 20000 Thalern durch Stellung eines Ultimatum zu erlangen. Die ausweichende Antwort lautete: „Wir erwarten Ihre Bote um 5 Uhr abends.“ Nachdem beide deutsche Schiffe ihre großen Boote ausgeliefert hatten, erwartete Kapitän Warth am 15. d. M., welches Leutnant Graf Schwerin gleich nach 5 Uhr an Bord brachte. Es lautete wieder ausweichend: „Wir werden auf freundschaftlichem Wege uns einigen.“ Der Geschwaderchef entschied sich nun zu Zwangsmaßnahmen, ließ abends 6 Uhr alle Boote armerieren und die Schiffe zur See gehen lassen. Kapitän Neumann, der Kommandant der „Vincta“, erhielt Befehl, sich demnächst auf dem Wege des Rückmarsches nach Port au Prince zu begeben, und die Befreiung der Forderung von 20000 Thalern durch Stellung eines Ultimatum zu erlangen. Die ausweichende Antwort lautete: „Wir erwarten Ihre Bote um 5 Uhr abends.“ Nachdem beide deutsche Schiffe ihre großen Boote ausgeliefert hatten, erwartete Kapitän Warth am 15. d. M., welches Leutnant Graf Schwerin gleich nach 5 Uhr an Bord brachte. Es lautete wieder ausweichend: „Wir werden auf freundschaftlichem Wege uns einigen.“ Der Geschwaderchef entschied sich nun zu Zwangsmaßnahmen, ließ abends 6 Uhr alle Boote armerieren und die Schiffe zur See gehen lassen.

Der Kommandant der „Vincta“ erhielt Befehl, sich demnächst auf dem Wege des Rückmarsches nach Port au Prince zu begeben, und die Befreiung der Forderung von 20000 Thalern durch Stellung eines Ultimatum zu erlangen. Die ausweichende Antwort lautete: „Wir erwarten Ihre Bote um 5 Uhr abends.“ Nachdem beide deutsche Schiffe ihre großen Boote ausgeliefert hatten, erwartete Kapitän Warth am 15. d. M., welches Leutnant Graf Schwerin gleich nach 5 Uhr an Bord brachte. Es lautete wieder ausweichend: „Wir werden auf freundschaftlichem Wege uns einigen.“ Der Geschwaderchef entschied sich nun zu Zwangsmaßnahmen, ließ abends 6 Uhr alle Boote armerieren und die Schiffe zur See gehen lassen.

Der Kommandant der „Vincta“ erhielt Befehl, sich demnächst auf dem Wege des Rückmarsches nach Port au Prince zu begeben, und die Befreiung der Forderung von 20000 Thalern durch Stellung eines Ultimatum zu erlangen. Die ausweichende Antwort lautete: „Wir erwarten Ihre Bote um 5 Uhr abends.“ Nachdem beide deutsche Schiffe ihre großen Boote ausgeliefert hatten, erwartete Kapitän Warth am 15. d. M., welches Leutnant Graf Schwerin gleich nach 5 Uhr an Bord brachte. Es lautete wieder ausweichend: „Wir werden auf freundschaftlichem Wege uns einigen.“ Der Geschwaderchef entschied sich nun zu Zwangsmaßnahmen, ließ abends 6 Uhr alle Boote armerieren und die Schiffe zur See gehen lassen.

Der Kommandant der „Vincta“ erhielt Befehl, sich demnächst auf dem Wege des Rückmarsches nach Port au Prince zu begeben, und die Befreiung der Forderung von 20000 Thalern durch Stellung eines Ultimatum zu erlangen. Die ausweichende Antwort lautete: „Wir erwarten Ihre Bote um 5 Uhr abends.“ Nachdem beide deutsche Schiffe ihre großen Boote ausgeliefert hatten, erwartete Kapitän Warth am 15. d. M., welches Leutnant Graf Schwerin gleich nach 5 Uhr an Bord brachte. Es lautete wieder ausweichend: „Wir werden auf freundschaftlichem Wege uns einigen.“ Der Geschwaderchef entschied sich nun zu Zwangsmaßnahmen, ließ abends 6 Uhr alle Boote armerieren und die Schiffe zur See gehen lassen.

